

**A2-305: Bewegt euch: Umwelt retten!**

Antragsteller\*innen      Lea Schweckendiek

**Von Zeile 304 bis 315:**

mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel ~~demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein.~~

~~Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit den Ländern im globalen Süden ohne Projektbindung zur Verfügung zu stellen. . Die Ausgestaltung von Staat und Zivilgesellschaft sollte jedem Land auf der Welt, und vor allem im globalen Süden, Staat und Zivilgesellschaft selbst überlassen werden. Eine Einmischung durch Dritte hält neokoloniale und eurozentrische Strukturen aufrecht.~~

Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade dort wichtig, wo zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen jegliche Versuche, "Entwicklungszusammenarbeit" mit der Unterstützung bei der Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem

**Begründung**

Entwicklungspolitik zu kritisieren ist wichtig und im oberen Teil des Absatzes gut gelungen. In diesem Absatz allerdings wird wieder im Rahmen eines problematischen Entwicklungsverständnisses argumentiert.

Finanzielle Unterstützung sollte nicht nur Projektungebunden sein, sondern auch unabhängig der Organisationsform eines Staates. Auch das Ziel, alle Staaten im globalen Süden zu demokratisieren entsteht auf Grundlage eines eurozentrischen Politikverständnisses. Die Form des politischen Systems sollte nicht von uns vorgeschrieben werden und eine Finanzierung nicht vom politischen System

abhängig sein - diese Vorstellung ist stark übergriffig und bevormundend. Wir haben den Staaten, beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent, mit der willkürlichen Grenzziehung während der Kolonialzeit schon einmal politische Vorschriften gemacht. Die Findung des richtigen politischen Systems und der richtigen zivilgesellschaftlichen Organisation liegt nicht in unserer Verantwortung. Die Menschen müssen ihre Kämpfe selbst streiten dürfen. Erst dann kann überhaupt eine Unterstützung auf Augenhöhe stattfinden. In dieser Form widerspricht der zweite Teil des Abschnittes dem Ersten deutlich. Natürlich ist eine Finanzierung etwa diktatorischer Regime schwierig - hier muss eine Lösung gefunden werden die vermeidet, dass die Gelder allein in private Taschen fließen. Diesen Staaten aber pauschal eine Finanzierung abzusprechen entspricht nicht der vorherig eingeführten Kritik an Entwicklung und auch nicht der kolonialen Verantwortung des globalen Nordens.